

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

---

22. Okt. 1946

Blatt 1485

## Wieder Heimkehrer

=====

Ein Rückwanderertransport aus amerikanischer Gefangenschaft, Lager DEFE 10, ist am 20. Oktober 1946 mit 94 Personen, darunter 54 Wiener in Wien, Hütteldorfer Bahnhof, angekommen.

## Die Gasunfälle

=====

Seit Eintritt der kalten Witterung häufen sich die Gasunfälle in erschreckendem Umfange. Eine Wiener Tageszeitung führt dies in ihrer Dienstausgabe darauf zurück, daß nunmehr in den meisten Wohnungen die Fenster nachts über geschlossen bleiben. Tatsächlich ist aber für das Entstehen von Gasunfällen immer wieder das Offenbleiben von Gasähnen nach dem Gebrauche der Geräte maßgebend. Die Lüftung durch offene Fenster vermag allerdings in vielen Fällen Unfälle durch Gasausströmungen zu verhüten. Neuerdings wird von zahlreichen Verbrauchern das Gas entgegen dem bestehenden Verbot und ohne Rücksicht auf die vorzeitige Erschöpfung der verfügbaren Gasration zur Raumheizung benützt. Dies geschieht in der Weise, daß man die Gasflammen an den Kochern oder Backrohren entzündet und frei in den Raum brennen läßt! Vielfach wird nun abends bei Eintritt der Sperrzeit darauf vergessen, die Hähne zu schließen. Bei Wiederbeginn der Gaslieferung um 4 Uhr morgens strömt dann unverbranntes Gas aus und betäubt die noch Schlafenden. Ein Großteil der in den letzten Tagen entstandenen Gasvergiftungen ist auf diese Ursache zurückzuführen, wie die nach jedem Unfälle durch die Gaswerke durchgeführten Untersuchungen ergeben haben.

Die Bevölkerung wird daher abermals dringendst ermahnt, die Gasähne an den Gasgeräten nach deren Gebrauch sofort zu schließen und das Heizen mit Gasgeräten auf jeden Fall zu unterlassen.

Wien fordert sein Recht  
=====

### Die heutige Gemeinderatssitzung

Der Wiener Gemeinderat trat heute um 14 Uhr nachmittags, bei stark besetzten Galerien, auf der sich auch Vertreter der Alliierten befanden, unter dem Vorsitz des GR. Dr. Neubauer zusammen, um die Debatte über den Bericht des Bürgermeisters zur wirtschaftlichen Lage Wiens zu führen. Die Vertreter der drei Parteien nahmen ausführlich zu den vom Bürgermeister aufgeworfenen Fragen Stellung und gaben den Nöten der Wiener Bevölkerung beredten Ausdruck. Als erster Redner sprach GR. Bauer (ÖVP). Er betonte, daß in letzter Zeit so viel auf die Bevölkerung eingestürmt ist, daß sie bald nicht mehr in der Lage sei, dies noch lange zu ertragen. Die Energiekatastrophe der vergangenen Woche hat uns deutlich vor Augen geführt, daß man genau prüfen müsse, ob alle Vorkehrungen getroffen wurden, um solche einschneidende Sparmaßnahmen für die Zukunft zu verhindern. Die nach den Umbruchtagen entfernten 2 Hochleistungskessel wären in der Lage, ein Viertel der Stromversorgung Groß-Wiens zu bestreiten.

Auch die Lage auf dem Sektor der Beheizung ist trostlos. Hier muß angeführt werden, daß wir vor dem Jahre 1938 3,393.000 t Kohle einführen mußten. Auch wenn wir die eigene Produktion etwas steigern und für uns verwenden könnten, würde das Manko der Auslandsimporte nicht wettgemacht werden. Holzschlägerungen können den Ausfall nicht ausgleichen; außerdem sind sie technisch gesehen eine Unmöglichkeit und ist Holz ein viel zu wertvoller Rohstoff für uns.

Man solle uns endlich jene Handlungsfreiheit geben, die notwendig ist um unsere Wirtschaft so einzurichten, wie sie für unser kleines Land zweckentsprechend wäre. (Zwischenrufe: Sehr richtig). Man behandelt uns wie einen kranken Mann, um den sich vier Ärzte bemühen. Dieser braucht aber nur Ruhe und dann würde er der Welt zeigen, was es heißt, Wiener und Österreicher zu sein. (Starker Beifall bei den Parteigenossen).

Der Redner sprach dann über die Ernährungslage. In Vorarlberg könnten täglich 250.000 kg Milch nicht erfaßt werden, weil

die nötigen Milchkannen fehlen, um die Milch den Molkereien zuzustellen. Wir waren auch im Frieden gezwungen Brotgetreide einzuführen. Doch auch diese geringe Ernte kann jetzt nicht restlos für unsere heimische Bevölkerung erfaßt werden. Man müßte einmal eine offizielle Zusammenstellung machen, um zu sehen was überhaupt noch uns gehört. (Zwischenrufe: Sehr richtig.) Haben wir überhaupt noch in unserem Lande etwas zu reden? Oder werden wir schlechter behandelt als die letzte Kolonie im Kongo? (Beifall).

(Vorsitzender Dr. Neubauer ermahnte die Galerie, sich jeder Beifallskundgebung zu enthalten und den Verhandlungen des Hauses in aller Ruhe zu folgen.)

GR. Bauer führte, fortfahrend, weiter aus:

Es wurden Verträge abgeschlossen, sogar mit Deutschland, aber nicht mit Österreich. Wir haben viel erduldet und haben selbst einen großen Anteil an unserer Befreiung. Wenn wir all den Aufrufen der Nazis nachgegeben und ihren Drohungen Folge geleistet hätten, dann wäre Österreich und Wien ein Trümmerhaufen geworden und es wäre unmöglich, Österreich wieder aufzubauen.

Wir müssen der Wiener Bevölkerung und darüber hinaus der ganzen Welt klar vor Augen führen, wie ernst unsere Lage ist. Einen Winter wie den letzten, würden wir kaum mehr überstehen. Die Wiener Arbeiterschaft, die Wiener Gewerbetreibenden und die Wiener Bevölkerung haben alles darangesetzt um die Industrie wieder in Schwung zu bringen.

Wien müßte aus eigener Kraftanstrengung längst aus der Not heraus sein. In letzter Zeit sind wieder Presseerzeugnisse zu sehen, in denen versucht wird, Zerwürfnisse in das Volk zu bringen. Immer wieder wird der Bundeskanzler zur Zielscheibe von Angriffen gemacht, als wäre er es, der nicht wahrhaben wollte, daß wir auf 1550 Kalorien kommen. Es wird ja auch seitens der Österreichischen Volkspartei nicht der Ernährungsminister für die herrschende Ernährungskrise verantwortlich gemacht.

Hinsichtlich der Bekleidung ist es ebenso trostlos wie in der Ernährungs-, Energie- und Brennstoffwirtschaft. Es gibt zu denken, wenn in Vorarlberg 120 Punkte der Kleiderkarte für die Beschaffung von Textilwaren freigegeben werden.

Es muß auch der politischen Zusammensetzung in den Ländern, die anders ist als in Wien, Rechnung getragen werden.

Wir müssen uns alle mehr auf das Gemeinsame und auf die praktischen Lösungen beschränken und alles Trennende beiseite lassen. Die Ziffern besagen, daß nicht die Bauern die Spinnigen in der Ablieferung sind (Zwischenrufe bei der KPÖ, auf diese Ziffern warten wir schon.) Wir sind mit unseren Ausführungen sehr vorsichtig geworden, denn jede Partei hat mit irgend welchen Abgeordneten schon ihre Erfahrungen gemacht. (Beifall bei der ÖVP). Wir müssen von der Solidarität zum Solidarismus kommen. Wenn der Welt vorgegaukelt wird, daß in Österreich noch Reaktion und Faschismus anzutreffen wären, so erweisen diese Menschen unserer Stadt und Österreich einen schlechten Dienst. (Rufe, sehr richtig, bei der ÖVP.) Man will es nicht wahrhaben, daß der Faschismus in Österreich überwunden ist. Es muß den Siegerstaaten und der Welt gesagt werden, das was man für Deutschland in Erwägung gezogen hat, nämlich in Verhandlungen über einen Vertrag einzutreten, zumindest auch wir in Österreich beanspruchen.

GR. Leuscher (KPÖ) verwies auf die gestrige Rede des Bürgermeisters Körner, in der eine ungeschminkte Darstellung der Lage Wiens gegeben wurde. Schon in der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates sei aber von der KPÖ ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, dem von den anderen Parteien die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde. Die Schwierigkeiten liegen aber wo anders als man im allgemeinen annimmt, denn die Ernte wurde eingebracht, Kohle geliefert und Schuhe und Kleider erzeugt. Die Wiener haben das Recht zu erfahren, warum solche Zustände herrschen. Die neue Ernte wandert in die Kanäle des Schleichhandels und die Lehre aus dem Vorjahr nach rechtzeitiger Erfassung der Ernte ist in den Wind geschlagen worden.

Bürgermeister Körner habe gestern auf die gute Arbeit der Wiener Gaswerke hingewiesen, doch leben wir aber auch hier sozusagen von der Hand in den Mund. Die Verantwortlichen haben die Verträge für Kohlenlieferungen bis in den Spätherbst hinausgezögert, so daß rechtzeitige Lieferungen nicht mehr möglich waren. Wenn jeder Bauer das Recht hat, zurückzubehalten was er für seinen Bedarf braucht, warum kann das nicht auch der Wiener Arbeiter mit den von ihm erzeugten Waren tun? Man hofft auf ausländische Kredite anstatt auf die aufbauende Kraft der Arbeiterschaft. Der österreichische Aussenhandel ist nichts anderes als ein Ausverkauf an Länder, die uns nicht einmal das Notwendigste geben.

Die Hälfte des österreichischen Gesamtexportes fliesse nach der Schweiz und USA, die nur für 10 % des Wertes Gegenlieferungen vornahmen. Das heisst, dass sich österreichische Kapitalisten im Ausland Bankguthaben auf Kosten der österreichischen Arbeiter anlegen.

Der Redner wandte sich sodann gegen die Zonenpolitik, die eine wirtschaftliche Abschnürung Wiens zur Folge hatte. Die harmonische Entwicklung der Wirtschaft der Bundesländer hängt zu einem hohen Grade von der Entwicklung Wiens als Industrie- und Handelszentrum ab. Wohlstand und Entwicklung Wiens sind die Voraussetzung für Wohlstand und Entwicklung Österreich als Ganzes. Die systematische Politik der Benachteiligung Wiens muss ein Ende finden.

Diese kurzsichtige und für Österreich verhängnisvolle Politik wurde aber nicht von aussen nach Österreich getragen, sondern ist die Politik der bestimmenden Faktoren in Österreich. Keine der beiden Parteien, die heute für die Politik in Österreich bestimmend sind, kann sich von der Schuld an diesem Zustand freisprechen. Die wirklichen Ursachen für die unbefriedigende Lage sind Unfähigkeit, Misswirtschaft und Reaktion. Der Wiener Gemeinderat hat die Pflicht, angesichts des Ernstes der Lage von der Regierung eine entscheidende Wendung ihrer Politik zu fordern und alle Kräfte einzusetzen, um eine Katastrophe zu vermeiden.

GR. Lauscher schlug sodann umfangreiche Massnahmen zur Überwindung der momentanen Notlage vor. Die Wiener Bevölkerung erwartet jedoch darüber hinaus, dass die Gemeindeverwaltung im eigenen Wirkungsbereich alle ihr möglichen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse durchführt.

Im besonderem müssen die Zustände auf dem Gebiete der Brennstoffversorgung bemängelt werden. Für die kommende Heizperiode von 4 Monaten stehen pro Haushalt täglich nur 2 kg Kohle zur Verfügung. Man hätte zu Selbsthilfeaktionen aufrufen müssen. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass das vorhandene geringe Brennmaterial gerecht verteilt werde. Dies sei aber nicht der Fall, wie der Redner an Hand praktischer Beispiele anführt. Das Manke bei der Kohlenverteilung betrage im Monat rund 10.000 Tonnen, das der Brennstoffration von 40.000 Wiener Haushalten für die gesamten Wintermonate entspreche.

Auch das städtische Wohnungsamt habe trotz verschiedener Reorganisationen nicht die von ihm erwarteten Leistungen erbracht. Das Wohnungsanforderungsgesetz wird noch immer nicht energisch angewendet und die Demokratisierung des Wohnungsamtes wurde umgangen. Das TemBodes Wiederaufbaues geht zu schleppend vor sich. Die Hauptbausaison ist unzureichend ausgenützt worden. Die Bevölkerung erwartet von der Gemeindeverwaltung vor allem die Unterbringung der Wohnungslosen, der Ruinenbewohner, der KZler und Heimkehrer noch vor Einbruch des Winters, die energische Anwendung des Wohnungsanforderungsgesetzes und die Pelegung unterbelegter Wohnungen und Villen, des weiteren schleunige Behebung der Dach- und Wohnungsschäden und Erlassung des Verbotes für alle minderwichtigen Bauarbeiten. Die Bevölkerung will endlich helfende Taten sehen.

Es liegt an den verantwortlichen Männern der zwei Mehrheitsparteien, mit der Benachteiligung Wiens Schluß zu machen und Wien zu geben, was ihm zusteht. Wenn Wien nicht eine zielklare Politik zur Durchsetzung seiner berechtigten Interessen aufnimmt, ist das Schuld der beiden Mehrheitsparteien des Gemeinderates. Die Geduld unseres Volkes ist groß, aber die Spekulation auf eine zu große Geduld und Gutmütigkeit hat sich oftmals als verhängnisvoller Irrtum erwiesen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Leuscher brachte hierauf einen Beschlusseingang ein, der die Ausarbeitung und Durchführung von konkreten Massnahmen verlangt, die eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung zum Ziele haben.

GR. Oleh (SPÖ) betonte, dass sich die Wiener Gemeindeverwaltung redlich bemüht habe, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu beseitigen. Sie hat im Verlauf dieser Zeit in ihrem Bereich so manches Positive geleistet. Es geht nun darum, unserer Bevölkerung die Sicherheit für ihre Existenz und für ihre Lebensmöglichkeit zu geben.

Unter der Arbeiterschaft hat sich in den letzten Wochen eine Unruhe bemerkbar gemacht. Sie hat gehofft, dass sie nach Beendigung dieses Krieges wieder aufwärts kommen würde. Sie kann es nun nicht verstehen, dass die Strassen stillsteht, dass die Betriebe eingestellt werden, während die grössten Kraftwerke die Versorgung der reihnisch-westfälischen Industrie besorgt.

Dieser Zustand ist für unsere Bevölkerung psychologisch unerträglich geworden.

Die Forderung der arbeitenden Bevölkerung geht nun dahin, nicht nur ein Mitspracherecht auf politischem Gebiete, sondern auch auf dem Gebiete der Wirtschaft zu erlangen, dort wo ihr Lebensinteresse liegt. (Beifall bei den Parteigenossen.) Die Forderung der Bevölkerung richtet sich nicht an die Stadt Wien selbst, sondern an die Stellen, <sup>wo</sup> die Reorganisation unseres Wirtschaftslebens durchzusetzen wäre. Unsere Partei hat den Mut gehabt, vor nicht allzulanger Zeit auf die unmöglichen Zustände, in denen sich Österreich befindet, hinzuweisen (Beifall bei den Parteigenossen.) Wir wollen hier keine Hetze gegen die Alliierten betreiben, aber wir haben gegenüber dem Volke die Pflicht, auszusprechen, was jeden einzelnen bewegt. Das Volk erwartet von der Demokratie den Aufbau einer wirklich neuen Ordnung, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Wir wollen den Tag vermeiden, an dem wir unseren Wählern sagen müssten, dass unsere Möglichkeiten erschöpft sind. Deshalb muss man uns die Macht der Verwaltung und die Führung unseres Staates uningeschränkt einräumen. (Beifall). Die Entwicklung der nächsten Zeit wird es beweisen, dass sich die berufenen Stellen darüber klar werden, was man mit unserem Lande vor hat.

Es muss nun endlich mit den Worten Schluss gemacht werden, denn es besteht die grosse Gefahr, dass sie von unserer Bevölkerung nicht mehr geglaubt werden.

Die heutige Sitzung hat die Aufgabe zu erfüllen, in Einmütigkeit und Klarheit der Welt zu sagen, dass das österreichische Volk und mit ihm die Wiener Bevölkerung am Ende ihrer Kräfte <sup>ihr</sup> gelangt sind. Es hofft, dass <sup>ihr</sup> der Weg in eine bessere Zukunft nicht mehr mit Worten, sondern durch konkrete Taten ge- ebnet wird. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Nora Hiltl (ÖVP) gedachte der Frauen, die in der vergangenen Zeit das Schwerste mitgemacht haben und auch jetzt die grössten Entbehrungen erdulden müssen. Vor ihnen steht die nackte Wirklichkeit der 1190 Kalorien. Jeden Tag stehen sie von neuem vor der Tatsache, dass es entweder nicht genügend Strom gibt, oder dass keine Kohlen oder Kartoffel vorhanden sind. Sie haben die Opfer gerne auf sich genommen, doch wenn ein Volk immer wieder ausgepresst wird, so kann man von ihm nicht verlangen, dass es auch noch Idealismus aufbringe. Es nützt nichts schöne Worte zu sagen, wenn das nackte Leben nicht mehr erhalten werden kann. In den Flüchtlingslagern werden von der UNRRA Zucker und Brot verteilt, die dann von den Flüchtlingen an die österreichische Bevölkerung zu Schleichhandelspreisen verkauft werden. Wer will verlangen, dass die Wiener Frauen dafür Verständnis aufbringen. Auch im Wohnungswesen herrschen unerträgliche Zustände. Oft können rechtmässige Wohnungsbesitzer nur deshalb nicht in ihre Wohnungen hinein, weil sich andere Menschen hinter irgendeine Besatzungsmacht stellen. Es muss vor die Alliierten hingetreten und klar und deutlich gesagt werden, was die Wiener Bevölkerung trotz ihres ausgehungerten Zustandes zu leisten imstande ist, dass es aber jetzt nicht mehr weitergehe. Die ÖVP stellt daher den Antrag, dass der Bürgermeister im Einvernehmen mit der Bundesregierung geeignete Schritte bei der Alliierten Kommission unternimmt, damit der Warenverkehr der Zonen untereinander zugunsten der Stadt Wien endlich freigegeben wird. Weiter müsse alles getan werden, damit Österreich durch einen Staatsvertrag seine politische und wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit erlangt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) verweist auf die Bedeutung des Stromexportes als Tauschobjekt für unsere Wirtschaft. Die Mächte, die über uns gebieten, lassen es nicht zu, jene Energiequellen nach Wien zu bringen, die notwendig wären, dass die Industrie arbeiten kann. Wir könnten 1 Million Kilowattstunden von den Innkraftwerken nach Wien bekommen, 700.000 Kilowattstunden von einem weiteren Kraftwerk, die Energien müssen aber ins Ausland geschickt werden. Wenn Wien genügend Brennstoff bekäme, könnten hier zwei Drittel der für die Stadt nötigen Energiemengen erzeugt werden. Wir bekommen aber die entsprechenden Ölmengen nicht. Man sagt immer, wir sind ein reiches Land. Wir wären wohl ein

reiches Land, wenn man uns unsere Bodenschätze ließe. (Beifall bei der SPÖ und der ÖVP.) Während des Krieges wurden in Zistersdorf fast 1 Million Tonnen Rohöl gefördert. Heute bekommt die österreichische Regierung 23.000 Tonnen zur Verfügung gestellt (Rufe: Hört, hört!) Von diesen 23.000 Tonnen bekommt unser E-Werk ca. 3.000 Tonnen. Außerdem sind auch die Lagerungsmöglichkeiten gering, da die E-Werke früher nicht auf Ölheizung eingerichtet waren. Von den 5 Milliarden Banknoten die in Österreich im Umlauf sind, besitzen die Hälfte die alliierten Mächte. Für diese 2,5 Milliarden wird bei uns eingekauft, und die Waren werden über unsere ungeschützten Landesgrenzen ohne Gegenwert ausgeführt. Der Redner betont den Willen der Österreicher zum Aufbau und appelliert an die alliierten Mächte, diesem Aufbauwillen nicht hemmend entgegenzustehen. (Beifall bei der SPÖ und der ÖVP.)

GR. Ing. Dworschak (ÖVP) unterstreicht, daß es nicht Schuld des österreichischen Volkes ist, daß der Aufbau nicht vorwärtsgehe. Auch in Friedenszeiten mußte Österreich ein Drittel seines Bedarfes im Austauschwege aus dem Ausland beziehen, da es nur zwei Drittel aus eigenem Aufkommen stellen konnte. An Brotgetreide wurden im Jahre 1940/1941 insgesamt 146.000 Tonnen in ganz Österreich abgeliefert. Für das laufende Jahr wurde die Ernte mit 201.000 Tonnen geschätzt und diese werden auch aufgebracht werden. Trotz der großen Dürrekatastrophe sind wir also trotz 7 Kriegsjahren bereits imstande, mehr aufzubringen, als in der Zeit des Nationalsozialismus nur unter schwerstem Zwang aufgebracht wurde. Eine der Hauptursachen, die unseren Wiederaufbau unterdrücken, ist der völlige Mangel an Freiheit in der Wirtschaft. Wir können der Weltöffentlichkeit <sup>allein</sup> nur immer wieder zurufen: Am österreichischen Volk/liegt es nicht, daß es nicht aufwärts geht. Wenn man uns schon verspricht zu helfen, dann möge man es so tun, daß dem österreichischen Volk damit auch gedient ist und das kann nur in völliger Freiheit sein. (Beifall bei der ÖVP. und SPÖ.)

GR. Amalia Reznicek (SPÖ) sagte, daß hier ein fleißiges Volk am Ende seiner Kraft sei. Der überwiegende Teil hat keine Kleider, keine Wäsche und keine Schuhe. Die Schulkinder sind unterernährt. Die Schulbehörden haben ferner festgestellt, daß 10.000 Schulkinder keine Schuhe besitzen und über 8.000 Kinder

ohne Überröcke herumlaufen. Ihre Gesundheit ist schwerst gefährdet. In manchen Familien wird ein Paar Schuhe abwechselnd getragen.

Es muß aber doch festgestellt werden, daß manches verabsäumt wurde. Und ich rufe hier das Gewissen der heimischen verantwortlichen Behörden und der ganzen Welt auf, laßt ein Volk nicht zu Grunde gehen, das durch seine jahrhundertalte Geschichte bewiesen hat, daß es zu leben und zu wirtschaften versteht.

Viele Textilbetriebe haben die Arbeit wieder aufgenommen und doch ist die Lage auf dem Bekleidungsmarkte trostlos. In St. Pölten werden z.B. von 50 Tonnen erzeugter Textilien 39 Tonnen an die russischen Verwaltungsbehörden abgegeben (Zwischenrufe: Hört, hört!) Die Rednerin appellierte an die russischen Behörden, ob man nicht angesichts der Not unseres Volkes einen besseren Verteilungsschlüssel aufstellen könnte.

Die Rednerin forderte auch die exemplarische Bestrafung jener Firmen, die versuchen, Textilien bei Meldungen an den Staat zu verheimlichen. (Beifall.)

Bei der Verteilung von Schuhen kann man einen geringen Ansatz von Planmäßigkeit feststellen, doch müsse an die Verteilungsstellen der Appell gerichtet werden, der Art der Verteilung ein gerechtes Augenmerk zu schenken. Die Demarkationslinie hindert, uns das primitivste zur Reparatur von Schuhen, wie Holznägel usw., heranzuschaffen. Auch hier sollten uns die Alliierten helfen.

GR. Reznicek wies dann auf die bestehende Arbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft hin und regte an, daß diese Organisation die Herausgabe aller Ledervorräte und die restlose Verarbeitung des vorhandenen Materials verlangen sollte. Es müsse verhindert werden, daß Rohmaterial oder Leder als Halbfabrikat auf Lager gelegt werde um sich Kapital zu schaffen.

Bei der Besprechung der Brennmaterialnot machte die Rednerin die Mitteilung, daß im Schneeberggebiet ein ganzer Eisenbahnzug Holz liege, das im Begriffe sei zu vermodern. Seitens der Regierung müsse sofort etwas unternommen werden, um dieses Holz noch nach Wien zu bringen.

Am Schluß ihrer Rede appellierte GR. Reznicek noch einmal an die Einsicht der Alliierten und bat den Bürgermeister um seine Intervention.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) hob die nahezu 100 %-ige Einmütigkeit hervor, die die Aussprache des Wiener Gemeinderates in den zur Debatte stehenden Fragen gezeigt habe. Es ist nichts einfacher, als zu kritisieren und Schuldige finden zu wollen. Besonders komisch aber scheint es, wenn Parteien, die einer Regierung angehören, in der Öffentlichkeit so tun, als ob sie in Wahrheit gar keine Verantwortung zu tragen hätten. Es muss mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, dass auch eine einzige Gegenstimme innerhalb der österreichischen Regierung genügt, um irgendeinen Antrag zu Fall zu bringen. Alles, was bisher in Österreich beschlossen und getan wurde, ist von allen Parteien beschlossen und ist auch von allen Parteien zu verantworten. Wir müssen uns darauf besinnen, dass wir die Verpflichtung haben, nur österreichische Politik und keine andere zu betreiben. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Notstand Österreichs und vor allem der Bundeshauptstadt Wien, ist sehr gross. Ein besonderer Massstab für den Notstand ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Besonders krass ist hier die Lage auf dem Gebiete der Tuberkulose-Erkrankungen. Der Stand an Tuberkulosefällen war Ende September 1946, soweit er von der Fürsorge des Gesundheitsamtes erfasst werden konnte - in Wahrheit ist er noch grösser - insgesamt 30.616 Fälle, gegenüber dem Stand im Jahre 1945 mit nur 27.000. Davon sind fast 10.000 Fälle offene Tuberkulose. Die Todesfälle infolge Tuberkulose betragen 1938 1.910, im Jahre 1945 4.213, sie werden 1946 nach den bisherigen Ziffern weit über 5.000 Fälle betragen. Auf 10.000 der Bevölkerung gerechnet sind infolge der Tuberkulose im Jahre 1938 10,2, im Jahre 1945 28,2 Todesfälle zu verzeichnen. Für das heurige Jahr ist mit einer noch bedeutend höheren Ziffer zu rechnen. Bei den Erwachsenen zeigt sich ein Untergewicht von 10 bis 20 kg, ja sogar Untergewichte bis 30 kg sind keine Seltenheit. Rund 65 % aller unserer Schulkinder sind unterernährt, 25 % sogar höher-gradig. Die Zahl der von den Ärzten gemeldeten Fälle von Hungerödem betrug im August 1946 1.410.

Zu der Frage der Schuld an diesen katastrophalen Zuständen führte Vizebürgermeister Weinberger aus: Es wird versucht, die Schuldigen möglichst in Österreich zu suchen.

Soweit die Ursachen in Österreich liegen, werden sie möglichst rasch aufgedeckt und beseitigt werden. Eine vernünftige Ausrichtung unserer gesamten Volkswirtschaft muß erfolgen. Neben dem offiziellen Auslandsexport gibt es auch einen inoffiziellen, auf dessen Einstellung wir aber leider keinen Einfluß haben. Zu dem Vorwurf der mangelnden Demokratisierung in Österreich muß festgestellt werden, daß manche Völker rings um uns froh sein könnten, wenn sie so viel Demokratie besäßen, als uns Österreichern auszuüben gegönnt ist. Es wäre nur dafür zu sorgen, daß wir in die Lage kommen, unsere Freiheit auch richtig gebrauchen zu können. Zu dem Vorwurf des Ausverkaufes nach dem Westen und des einseitigen Orientierens muß betont werden, daß wir nur eine einzige Orientierung haben, und das kann nur die nach Österreich sein. Es liegt das vielfach nicht an uns, sondern es sind hier Einflüsse geltend, die wir gar nicht gerne sehen.

Zur Frage nach den wirklichen Ursachen und Schwierigkeiten führte der Redner aus, daß es notwendig sei, die Verteilung so gerecht als möglich zu organisieren. Man kann nicht leugnen, daß es einen Länderegoismus gibt. Es wäre empfehlenswert, daß wir uns mit unseren Freunden aus allen österreichischen Ländern zusammensetzen, um gemeinsam festzustellen, was wir als Wiener zu bemängeln haben.

Die tiefste Ursache unseres österreichischen und besonders unseres Wiener Notstandes ist zweifellos die Unfreiheit Österreichs. Die Zerreißung in vier Zonen wirkt sich immer noch ganz verhängnisvoll aus. Unsere Unfreiheit legt uns sehr schwere Belastungen auf. Was könnten wir z.B. zusätzliches leisten, wenn die Besatzungskosten herabgesetzt würden. (Beifall bei den Parteigenossen.) Unsere Wohnungssorgen sind groß und auch hier werden uns von den Besatzungsmächten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Auch mußten wir viel an Grund und Boden abgeben, den wir dringend für die Ernährung unseres Volkes brauchen würden. Ferner wird immer von Benzinmangel gesprochen und doch haben wir in nächster Nähe unserer Stadt große Ölfelder.

Wir wollen aber die Schuld nicht auf andere abschieben, sondern zunächst selber nach dem rechten sehen. Trotzdem müssen wir immer wieder betonen, dass wir endlich von allen Seiten unsere Freiheit bekommen sollen, damit wir wieder atmen und leben können. (Beifall.)

Der Redner betonte, dass Österreich am schlechtesten von allen Staaten Europas behandelt würde. Nur mehr Österreich erhält die geringe Kalorienmenge, während sogar in Deutschland die Kalorienanzahl auf 1550 erhöht wurde. Man kann doch ein befreites Volk, ein so tapferes Volk nicht schlechter behandeln, wie den Kriegsschuldigen der Welt. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Vielen Ländern hat die UNRRA geholfen, in einem Ausmass, in dem diese Staaten es zweifellos nicht gebraucht hätten. Dies zeigt die Tatsache, dass dort mit den UNRRA-Waren Schleichhandel betrieben wurde.

Es wurde verlangt, der Herr Bürgermeister möge einen Appell an die Bundesregierung richten. Ich fürchte nur, dass die Regierung auch nicht mehr machen kann als bisher. Es sollte vielmehr die Regierung, alle Landtage und unser Wiener Gemeinderat einen feierlichen Appell an die Parlamente der Welt richten und ausserdem sollten sich alle Parteien an ihre Freunde in der Welt wenden, man möge uns nicht immer mit Versprechungen hinhalten, sondern diese endlich in die Tat umsetzen. (Beifall bei den Parteigenossen.) Wir Österreicher brauchen den Staatsvertrag. Dieser wäre das rechte Instrument, mit dem wir endlich etwas beginnen könnten. Österreich habe schon verschiedene Systeme erlebt und man wisse heute genau, dass es für Österreich am besten ist, wenn es selbst für seine Interessen arbeitet. Die Wiener Messe wäre eine Demonstration für eigenes Können und Schaffen gewesen. Österreichs Unglück ist seine geographische Lage. Läge unser Land auf einem anderen Teil Europas, es wäre längst frei. Wenn aber jetzt die günstige Verkehrslage Österreichs unser Unglück ist, so wird sie später wieder unser Glück sein. Österreichs einziger wirklicher Fehler scheint die Bescheidenheit seiner Bevölkerung zu sein. Es ist daher notwendig sich aufzuraffen und deutlich zu reden. Vizebürgermeister Weinberger forderte am Ende seiner Rede zu einem Appell an alle Parlamente der Welt und an alle Freunde Österreichs im Auslande auf. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Altmann knüpfte an die gestrige Rede des Bürgermeisters an und stellte fest, dass Österreich am Beginn einer Katastrophe stehe. Der kommende Winter würde schwer sein. Auch nach Aufbietung aller Kräfte. Es darf nicht geleugnet werden, dass bisher da und dort Erfolge erzielt wurden. Manches wird schon produziert, um auf dem Exportweg eintauschen zu können. Für die Massen sei aber die Lage schlechter geworden. Insbesondere hätte sich die Ernährungssituation in unserer Stadt seit dem Vorjahr nicht gebessert. Was für die Ernährung gilt, trifft auch für alle anderen Versorgungsgebiete zu. Der Reallohn ist durch die gesteigerten Preise zweifellos gesunken. Es wurde in diesem Jahr zustande gebracht die Energieerzeugung bedeutend zu heben, doch ist auch der Bedarf in ungleich höherem Masse gestiegen. Insgesamt ist also eine Verschlechterung der Lage eingetreten und die Massen stehen vor dem Nichts.

Doch befindet sich nicht allein Österreich in dieser Lage, sondern fast die halbe Welt. Doch wird diese Welt beweisen, dass sie im Stande ist neue Wege zu gehen. Bei Betrachtung der um uns liegenden Länder muss festgestellt werden, dass deren Völker daran gegangen sind, aus eigener Kraft das Möglichste zu schaffen. Es ist dort beispiellos viel geleistet worden, so dass es in diesen Ländern auch schon besser ist als hier in Österreich. Man verlässt sich dort auch weniger auf Bittschriften und Appelle sondern mehr auf die eigene Kraft. Wer alle seine Möglichkeiten mobilisiert, kann sich darauf berufen und wird die Hilfe der Welt bekommen. Das ist das einzige Rezept, um aus der Not herauszukommen.

Wir in Österreich sind nicht wesentlich weitergekommen. Darum hat die KPÖ vor einigen Wochen zu einer entscheidenden Wendung in der gesamten Politik dieses Landes aufgerufen. Entscheidend für Österreich ist nicht die Frage der Besatzungsarmeen, ihr Abzug kann uns aber ein Stück weiter bringen.

Es ist Pflicht und Aufgabe des Wiener Gemeinderates, seine Stimme zu erheben und zu fordern, daß in ganz Österreich ein neuer Weg begangen wird. Demokratie verlangt in solchen Notzeiten ein Zusammenwirken Aller. Es bedarf einer Planung, die den Interessen des Volkes entspricht und es wäre falsch, in dieser Situation nur mit Appellen weiterkommen zu wollen. Man sollte wenigstens das durchführen, was durchführbar ist. Der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Beschlußantrag zeigt die diesbezüglichen Möglichkeiten auf. Der Wiener Gemeinderat hat die Pflicht, der Regierung zu sagen, was im Interesse der Wiener notwendig ist. Unsere Ausgabe aber soll es nicht sein, uns mit einem Appell an die Welt und an die Besatzungsmächte zu wenden, sondern zu überlegen, was wir in Österreich mit unseren eigenen Kräften zu leisten vermögen. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Vizebürgermeister Speiser (SPÖ) sprach dem Bürgermeister den Dank für den in so würdiger und sachlicher Weise erstatteten Bericht aus. Dieser den Ernst der Situation aufzeigende Bericht des Bürgermeisters wurde in den Wiener Zeitungen folgendermaßen behandelt: Die Arbeiter-Zeitung brachte 231 Zeilen, die das Neue Österreich 198, die Wiener Zeitung 144, Österreichische Zeitung 205, der Wiener Kurier 100, das Kleine Volksblatt 72 und die Volksstimme 55 Zeilen. (Rufe: Hört, hört!) Der Bürgermeister hat diesen Bericht in seiner vornehmen ruhigen und sachlichen Art erstattet, aber haben wir nicht herausgespürt, daß der Stadt Wien in diesem Lande Unrecht geschieht? (Lebhafte Zustimmung.) Vieles von dem verschwindet, was den Wienern und den anderen Städten und schließlich und endlich allen in diesem Lande gehören würde. Die kleinen Bauern sind gezwungen abzuliefern. Wir haben aber nicht die Überzeugung, daß es die großen Bauern in unserem Lande mit der Ablieferungspflicht ebenso genau nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Es müssen Maßnahmen getroffen werden, daß der Solidaritätspflicht in Wien und Österreich auch wirklich nachgekommen wird. Von einem Solidarismus, der dazu führt, daß wir Wiener verhungern, und andere leben, haben wir nichts. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir wollen nicht die Gegensätze zwischen Wien und den Ländern aufreißen und wünschen auch nicht, daß das Wort vom "Wasserkopf Wiens" wiederkomme. Es haben aber auch schon die anderen gelernt, daß Wien nicht nur von den Ländern nicht lebt, sondern gar nicht von ihnen leben kann, daß andererseits aber die Länder von Wien leben.

Wenn in Tirol die Bauern genügend Getreide und Kartoffel haben, so haben sie dies wenigstens in den normalen Zeiten auch aus der Arbeit nicht nur der Wiener, sondern aller Industriestädte in Österreich. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Diese Zeiten werden wiederkommen, wo man nach Schutzzöllen rufen wird, damit billigere ausländische Lebensmittel nicht nach Österreich kommen. Wir halten es für richtig, daß solche Zeiten vermieden werden und daß dann zwischen Stadt und Land eine wirkliche Solidarität Platz greife. Heute stehen wir allerdings vor der sonderbaren Tatsache, daß wir die Milch für unsere Kinder nicht nach Wien bringen können. Wir wollen vermeiden, daß jetzt in diesem Lande neben den Zonen auch noch Länder und Bezirke bestehen, die sich gegeneinander absperren. Das darf nicht eintreten; dagegen hat der Wiener Gemeinderat Protest zu erheben.

Vizebürgermeister Speiser ging sodann auf die Ausführungen der Debatter ein. GR. Bauer habe darauf verwiesen, daß Bundeskanzler Figl eine Erhöhung des Kaloriensatzes auf 1550 Kalorien nicht versprochen habe, sondern nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine solche Erhöhung möglich sein werde. Es sei nicht anzuzweifeln, daß der Kanzler diese Äußerung in der vollen Überzeugung getan habe, es werde ihm gelingen, eine solche Erhöhung herbeizuführen. Es wäre aber zweckmäßiger, solche Versprechen erst dann zu veröffentlichen wenn begründete Aussicht auf ihre Verwirklichung bestünde. (Zustimmung.) GR. Bauer habe auch bemängelt, daß in den Wiener Straßenbahnen Plakate mit der Aufschrift angebracht seien: "Die SPÖ baut das Rote Wien wieder auf!" Dadurch werde bei den nach Wien kommenden Bauern der Wille für Wien zu liefern, nicht erhöht. Vizebürgermeister Speiser bemerkte dazu: "Ich habe diese Plakate zwar nicht gesehen, aber es ist eine Tatsache, daß die SPÖ die Absicht hat, dieses Rote Wien wieder aufzubauen." (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Wenn von kommunistischer Seite die Wirtschaftspolitik der beiden Mehrheitsparteien angegriffen wurde, müsse dazu noch einmal betont werden, daß eine Konzentration der Parteien sowohl in der Regierung als auch in der Verwaltung der Gemeinde Wien bestehe.

Der von gleicher Seite bemängelte Ausverkauf Österreichs liege nicht zuletzt auch in der Besetzung Österreichs begründet. Sehr viel Ausverkauf findet mit dem Golde statt, das aus dem österreichischen Budget stammt. (Lebhafte Zustimmung.)

Zu der Kritik an dem Wohnungsamt der Stadt Wien sei darauf hinzuweisen, dass Wiener immer wieder, noch jetzt, eineinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges, aus ihren Wohnungen ausziehen müssen, weil diese Wohnungen für Mitglieder der alliierten Mächte angefordert werden. Das regt die Wiener auf. (Erneute lobhafte Zustimmung.)

Der Redner war mit Vizebürgermeister Weinberger einer Meinung, dass wir gemeinsam die Welt auffordern sollten, uns zu helfen. Es sei ja der Zweck dieser Gemeinderatssitzung, vor aller Welt zu betonen, dass wir allein nicht mehr weiter kommen. Wir brauchen eine Veränderung unserer Lage, wir brauchen die wirtschaftliche Einheit und Freiheit von Österreich. (Beifall) Wir haben seit dem Jahre 1945 bewiesen was wir leisten können und ich glaube, dass dies Grund genug wäre, uns endlich allein wirtschaften zu lassen. Es hat allerdings den Anschein, als ob sich all die Kämpfe, die in der Welt geherrscht haben, sich nun zum Schluss auf unser Österreich konzentrieren würden.

Es muss hier nochmals betont werden, dass Wien auf die gleichen Rationen im Essen, im Heizen und in der Beleuchtung Anspruch erhebt. Die Landeshauptleute sind gewiss bereit, mit dem Wiener Landeshauptmann Beratungen darüber zu pflegen, wie man die Missverständnisse, die auf diesem Gebiete herrschen, aufklären könnte.

Der Vizebürgermeister hob hervor, dass wir nicht nur immer das Negative sehen sollen, es muss auch das Positive hervorgehoben werden, das in unserer Stadt bisher geleistet worden ist.

Wir haben die Hilfe der Alliierten erhalten, wir brauchen sie aber jetzt noch einmal. Sie sollen sich selbst überwinden und uns selbständig verwalten lassen. (Lebhafter Beifall.)

Vizebürgermeister Speiser führte dann einige Beispiele an, aus denen ersichtlich war, dass mehrere vom Nationalrat und vom Wiener Landtag dem Alliierten Rat schon im Februar und März d. J. vorgelegten Gesetzes bis heute noch auf ihre Erledigung warten. Sollte auch bei Wirtschaftsverfügungen in diesem Tempo gearbeitet werden, dann könnte man es begreifen, dass wir uns nicht aus eigener Initiative herausarbeiten können. (Zwischenrufe: Sehr richtig. Beifall bei den Parteigenossen.)

Am Schlusse seiner Ausführungen legte der Redner folgenden mit der ÖVP vereinbarten Resolutionsantrag vor:

Resolutionsantrag  
=====

der Gemeinderäte.

Der Gemeinderat nimmt den vom Bürgermeister am 21. Oktober 1946 erstatteten Bericht zur Kenntnis. Zur Behebung der Notlage der Wiener Bevölkerung fordert der Gemeinderat die Bundesregierung auf:

- 1.) für die restlose Erfassung aller im Lande erzeugten Lebensmittel zu sorgen, die Lebensmittelzuteilungen in allen Bundesländern gleichmässig vorzunehmen und alles daranzusetzen, dass die Ernährungsbasis für das Wiener Volk endlich ausgiebig erhöht wird;
- 2.) für die Sicherung des Bedarfes der Wiener Bevölkerung an Kleidern, Wäsche und Schuhen in genügendem Ausmass Vorsorge zu treffen;
- 3.) für eine strenge Kontrolle Sorge zu tragen, die aus Vertretern der Produzenten, des Handels und der Konsumenten zusammengesetzt ist und deren Aufgabe es sein soll, die Produktion, Verteilung und Preisbildung der lebenswichtigen Güter zu überwachen;
- 4.) die Zuteilung von Baumaterial an die Stadt Wien im Verhältnis zur Grösse der Kriegsschäden Wiens zu sichern;
- 5.) der Stadt Wien den für die Aufrechterhaltung und Entwicklung ihrer Wirtschaft notwendigen elektrischen Strom zuzuteilen und etwa notwendige Sparmassnahmen für das gesamte Bundesgebiet gleichmässig zu verfügen;
- 6.) bei der Zuteilung von Brennmaterial, Kohle, Holz und Heizöl die Belieferung der Wiener Bevölkerung in einem ausreichendem Mass zu sichern.

Von der Erwägung ausgehend, dass Österreich und damit Wien nur leben kann, wenn seine Wirtschaft frei und seine Verwaltung autonom ist, richtet der Gemeinderat den dringenden Appell an die alliierten Mächte und an die Freunde Österreichs und Wiens in der Welt, mitzuhelfen, dass die wirtschaftliche Einheit Österreichs, seine freie Verfügung über die wirtschaftlichen Güter unseres Landes und die Freiheit der Verwaltung endlich hergestellt wird.

22. Okt. 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1503

Nehmen wir diese Resolution an und sagen wir damit: Wien darf nicht verhungern, Wien darf nicht verdorren! (Starker Beifall).

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, die von der ÖVP. eingebrachte Resolution wurde zurückgezogen, der Antrag Lauscher der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Um 18.45 Uhr schloß der Vorsitzende Thaller die Sitzung.

#### Äpfelausgabe

=====

Auf Abschnitt 303, bzw. 503 des neuen Gemüseausweises erhalten alle Verbraucher in dem Geschäft, in dem sie mit dem Gemüseausweis rayoniert sind, 1 kg Äpfel. Die Abschnitte 301, bzw. 501 werden nicht mehr eingelöst.